



Solargenossenschaft Liechtenstein

Medienorientierung der Solargenossenschaft Liechtenstein vom 19. Oktober 2020, 11 Uhr

Die Solargenossenschaft stellt Forderungen an das Land, die Gemeinden und die Parteien

Nur «ambitioniert» schaffen wir die Energiewende

Die Solargenossenschaft Liechtenstein hat am Montag den Medien ihre Forderungen an die Politik präsentiert. Im Hinblick auf die Landtagswahlen sei es wichtig, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger wüssten, welche Parteien und Kandidierenden wofür stehen. Deshalb fordert die Solargenossenschaft die Parteien dazu auf, in ihren Wahlprogrammen den Lösungen für den Klimawandel und die Energiewende eine hohe Priorität einzuräumen. Aber auch die Gemeinden hätten eine grosse Verantwortung.

Die kürzlich lancierte Energiestrategie 2030/Energievision 2050 habe zwar das richtige Langzeitziel von 100% Erneuerbarer Energie, aber es sei unverantwortlich, dass die Regierung hier eine langsame Gangart eingelegt habe.

Die Regierung spricht in der Energiestrategie von einer Vorbildrolle. Die SGL konstatiert, sie würde dieser aber nicht gerecht. Die Ziele orientieren sich zwar am internationalen Konsens und sind dennoch bescheiden. Liechtenstein müsse achtgeben, nicht den führenden Staaten in der Energiewende hinterherzuhinken.

Politik ist zu langsam, Faktor 6 bis 2030 für PV

SGL-Präsident Daniel Gstöhl nannte das Vorgehen der Regierung viel zu zaghaft. Sie habe vorgängig die Szenarien «passiv», «aktiv» und «ambitioniert» skizziert und wolle nun den «aktiven» Weg einschlagen. Dies genügt nach Ansicht der Solargenossenschaft bei weitem nicht. Die PV Zubauziele stellen zwar eine Verdoppelung gegenüber dem heutigen Zubau dar. Mit diesem Tempo erreiche Liechtenstein bis 2050 aber nur eine Versechsfachung.

Mit einem ambitionierten Zubau wie die SGL ihn fordert, wäre dies bereits in zehn Jahren erreichbar. Ein solcher ambitionierter Zubau würde auch dem Pfad entsprechen wie er in der Schweiz gefordert wird. Dies zeige, dass Liechtenstein extrem zulegen müsse, wenn man den Ausstieg aus Kohle, Erdöl, Erdgas und Atom schaffen wolle. Für Gstöhl ist es nicht verständlich, warum die Regierung in Anbetracht des Klimawandels nicht ein «ambitioniertes» Vorgehen für die Energiewende wählt.

Photovoltaikpotenzial ausschöpfen, nur noch erneuerbaren Strom importieren

Die international tätige Klima- und Energieexpertin Yvonne Deng hat beim Forderungspapier der Solargenossenschaft mitgearbeitet. Sie wies auf die Wichtigkeit der Energieproduktion für die Energiewende hin, auch mit Blick auf nationale und internationale Klimaneutralität. Die Solargenossenschaft stellt die Forderung, dass die Liechtensteinischen Kraftwerke LKW nur noch Strom aus erneuerbaren Quellen importieren und anbieten dürfen. Damit könne sehr schnell eine sehr grosse Wirkung erzielt werden.

Die Energiewende sei in Liechtenstein im Wesentlichen mit der Sonne zu realisieren, deshalb müsse Liechtenstein überall Solarstrom ernten, wo dies möglich sei. Es werde nicht reichen, PV-Anlagen für den Eigenbedarf auf kleinen Dächern zu forcieren; es brauche PV auf grossen Dächern auf Industriegebäuden, auf Parkplätzen, an Strassenrändern, Eisenbahnböschungen und auf Lärmschutzanlagen, in der Landwirtschaft sowie in hohen Lagen, wo der Stromertrag noch höher sei als im Tal.

Ein weiteres gutes Instrument, das weltweit, aber auch in der Region, immer mehr umgesetzt wird, ist eine PV-Pflicht für alle Neubauten. Eine solche Auflage steht auch im Einklang mit der europäischen Richtlinie zur Gebäudeenergieeffizienz, die spätestens ab Januar 2021 für alle Neubauten den Niedrigstenergiestandard festlegt.

PV-Anreize (wieder) herstellen und Direktvermarktung des Sonnenstroms

SGL-Vizepräsident Josef Vogt erklärte, dass Liechtenstein die Direktvermarktung von PV-Strom attraktiv machen müsse. Lösungen werden derzeit diskutiert, aber man müsse darauf achten, dass diese Bestrebungen nicht mit ungerechtfertigten Netzgebühren abgewürgt würden. Vogt sprach auch die Gemeinden an: Einerseits sei der Deckel der Gemeindeförderung für die Photovoltaik mit 10'000 Franken zu niedrig. Andererseits gebe es noch Gemeinden, die in ihren Reglementen über alternative Energiegewinnungsanlagen veraltete Hindernisse und sogar Verbote von Photovoltaikanlagen vorsehen. Heute könnten PV-Anlagen so gestaltet werden, dass sie nicht einmal als Energiegewinnungsanlagen erkennbar seien. Hier mit dem Ortsbildschutz zu argumentieren und zu bremsen, sei nicht zeitgemäss.

Was die Förderung des Landes betrifft, fordert die SGL einerseits, dass die Abschaffung des Einspeisemodells für PV-Strom rückgängig gemacht wird. Andererseits könne das Land wettbewerbliche Ausschreibungen durchführen, um schnell und günstig zu grossen PV-Anlagen zu kommen; wer die besten Preise für Sonnenstrom anbieten könne, erhalte den Zuschlag für den Bau der Anlage.

Die Forderungen der Solargenossenschaft werden in einem zehneitigen Papier dargelegt und sind auf www.solargenossenschaft.li/energiezukunft zu finden.

Vaduz, 19. Oktober 2020, Solargenossenschaft Liechtenstein

Auskunft: Andi Götz, Geschäftsführer, info@solargenossenschaft.li, +423 797 11 60